

Tages-Anzeiger

DIE UNABHÄNGIGE SCHWEIZERISCHE TAGESZEITUNG

WWW.TAGESANZEIGER.CH

AUFLAGE 216 411 115. JAHRGANG, NR. 258 FR. 2.50 (inkl. 2.4% MwSt.), Ausland: € 2.-

Freie Schulwahl sorgt für rote Köpfe

Bern. – Viele Eltern möchten selber bestimmen, in welche Schule sie ihre Kinder schicken. Der Verein Elternlobby Schweiz lanciert dazu in mehreren Kantonen Initiativen. Um den Wettbewerb zu fördern, verlangt er gleichzeitig, dass der Staat Privatschulen mit Kopfpauschalen unterstützt. Das ist äusserst umstritten: Eine bisher unveröffentlichte Umfrage vom Mai zeigt, dass sich die meisten Schweizer zwar eine grössere Wahlfreiheit bei den öffentlichen Schulen wünschen, Privatschulen aber nicht mitfinanzieren wollen. (abi)

Schulwahl entzweit Gemüter, Seite 25

Die freie Schulwahl entzweit die Gemüter

Tages-Anzeiger 6.11.07

Wirtschaft

Viele Eltern wünschen sich mehr Wettbewerb in der Bildung. Sie sind überzeugt, dass sich so die Unterrichtsqualität verbessert. Bis zur freien Schulwahl ist es aber noch ein langer Weg.

Von **Annetta Bundi, Bern**

In Dänemark und Schweden können die Eltern selber bestimmen, in welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen. Damit haben beide Länder sehr gute Erfahrungen gemacht. Deshalb erstaunt es nicht, dass nun auch in der Schweiz die Forderung nach einer freien Schulwahl immer lauter wird. Die von der Baslerbieter Ex-Lehrerin Pia Amacher präsidierte Elternlobby Schweiz bereitet derzeit in mehreren Kantonen entsprechende Initiativen vor.

Pauschalen für Privatschulen

Ziel der Volksbegehren ist es, die freie Schulwahl mit einer neuen Finanzierung für die privaten Schulen zu kombinieren. Sie sollen künftig mit Pro-Kopf-Pauschalen abgegolten werden. «So kann der pädagogische Wettbewerb angekurbelt und

die Qualität der Schulen erhöht werden», sagt Amacher. Das Konzept knüpft an die in den 1950er-Jahren vom amerikanischen Ökonomen Milton Friedman lancierte Idee des Bildungsgutscheins an. Statt dass der Anbieter der Bildung unterstützt wird, greift der Staat den Nachfragern unter die Arme. Das führt dazu, dass sich die Schulen vermehrt an den Bedürfnissen der Eltern orientieren müssen. Sonst riskieren sie, langsam auszubluten.

Obwohl die Elternlobby nur jene Privatschulen finanziell entlasten will, die staatlich anerkannt sind und für alle Kinder offen stehen, weckt ihre Forderung bei den staatlichen Lehrern grosse Ängste. Beispiele aus dem Ausland zeigen indes, dass sie sich vor mehr Wettbewerb nicht fürchten müssten: In Dänemark und Schweden besucht der weitaus grösste Teil der Kinder nach wie vor eine staatliche Schule.

Angesichts dieser Verhältnisse erstaunt es nicht, dass die Elternlobby für die Kritik der Lehrer kein Verständnis aufbringt. «Es ist höchste Zeit für einen Systemwechsel», sagt FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger, der im Kanton Zürich an der Volksinitiative mitwirkt. «Die freie Schulwahl sorgt für mehr Wettbewerb. Das führt zu besseren Leistungen und innovativeren Angeboten.» Schlechtere Schulen seien gezwungen, sich zu ändern. Das gelte sowohl

für staatliche als auch für private Einrichtungen. Dank der Pauschalbeiträge könnten künftig zudem auch ärmere Familien ihre Kinder in Schulen schicken, die ihren pädagogischen Vorstellungen besser entsprächen als die Quartierschule. «Heute können sich das viele nicht leisten.»

Initiative wird im Frühling lanciert

Die Forderungen der Elternlobby sind breit abgestützt – und kommen auch bei jüngeren Kräften gut an: Lena Schneller, die Präsidentin der Jungfreisinnigen, engagiert sich in Zürich an vorderster Front für die freie Schulwahl. Ziel ist, im Frühling mit dem Sammeln der Unterschriften zu beginnen. Die Vertreter der Privatschulen begleiten diese Arbeiten mit Wohlwollen, warnen aber vor allzu grosser Euphorie. «Bis jetzt sind alle Anläufe für mehr Wettbewerb in der Volksschule gescheitert», sagt der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister, der den Verband der Privatschulen präsidiert.

Das ist in der Tat so. Als Bundesrat Pascal Couchepin kurz nach Amtsantritt 1999 entsprechende Pläne präsentierte, ging ein Sturm der Entrüstung durch das Land. Der frühere Zürcher Bildungsdirektor Ernst Buschor zog die Idee der freien Schulwahl zunächst ebenfalls in Betracht, musste sie

mangels Unterstützung aber rasch wieder begraben. Eine klare Niederlage setzte es für die Kritiker des Volksschulmonopols 2001 ab: Das Tessiner Stimmvolk war damals nicht bereit, die Eltern von Privatschülern finanziell zu entlasten, wie sie das die vorab katholischen Privatschulen des Kantons gewünscht hätten.

Für die Gewerkschaften gibt es denn auch keinen Grund, von der ablehnenden Haltung abzurücken. «Die freie Schulwahl schwächt die staatlichen Schulen», sagt Christine Flitner vom VPOD. Zudem leiste man so der gesellschaftlichen Segregation Vorschub. «Dazu bieten wir nicht Hand.»

Wenig Support für Systemwechsel

Mit dieser Meinung sind die Gewerkschaften nicht allein. Eine im Mai durchgeführte, bislang unveröffentlichte Umfrage hat ergeben, dass die meisten Schweizer zwar für eine Wahlfreiheit unter den staatlichen Schulen sind. «Sie wollen aber nicht die Wünsche der Eltern mitfinanzieren, die ihre Kinder in eine private Schule schicken», fasst Bildungsökonom Stefan C. Wolter das Resultat der Befragung zusammen. «Da die meisten mit der Volksschule grundsätzlich zufrieden sind, dürfte es die Elternlobby mit der Forderung nach einem Systemwechsel sehr schwer haben.»



BILD HEIKE GRASSER/EXPRESS

Erstklässler im Zürcher Ämtererschulhaus: Dank der freien Schulwahl eine bessere Schule für alle.

Systemwechsel bei den Kinderkrippen

Bern. – Ob die Eltern mehr Einfluss erhalten sollen, wird nicht nur im schulischen Bereich, sondern auch bei den Kinderkrippen diskutiert. Im Vordergrund steht dabei das System der Betreuungsgutscheine, bei dem der Staat die Eltern statt die Krippen subventioniert. So könne die Qualität des Angebots verbessert werden, sagen die Befürworter der Betreuungsbons. Die Krippen seien gezwungen, die Anliegen der Eltern endlich ernst zu nehmen. Viele, die unregelmässig arbeiten, wünschen sich zum Beispiel flexiblere Öffnungszeiten.

Für Betreuungsbons plädieren vor allem Teile der SP und des Freisinn. Bundesrat Pascal Couchepin spricht sich ebenfalls für den Übergang zur nachfrageorientierten Finanzierung aus, wie er im August beim traditionellen Ausflug auf die St. Petersinsel klar machte. Das Modell der Betreuungsgutscheine wird nun mit einem Pilotprojekt in der Stadt Luzern auf seine Tauglichkeit hin überprüft.

Kritik kommt vom VPOD: Wer die Kinderbetreuung dem Markt aussetze, müsse höhere Preise oder qualitative Abstriche in Kauf nehmen, warnt die Gewerkschaft im eben verabschiedeten Positionspapier. (abi)